

A1NEU Formulierungen für das BTWP21 - Friedenspolitik

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Antragstext

1 Im außenpolitischen Teil an entsprechender Stelle:

- 2 • Wir Grüne treten ein für eine Rückbesinnung auf eine Entspannungspolitik,
3 welche Feindbilder abbaut und die Sicherheitsinteressen aller Länder
4 berücksichtigt.
- 5 • Die Klimakrise und die gegenwärtige Pandemie zeigen, dass es zu
6 Vertrauensbildung und internationaler Kooperation unter dem Dach der UNO
7 keine Alternative gibt.
- 8 • Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine humanitäre und
9 friedenspolitische Verantwortung übernimmt.
- 10 • Wir GRÜNE engagieren uns dafür, dass die USA dem JCPOA mit dem Iran wieder
11 beitreten und die Politik des maximalen Drucks beenden.
12 Die Politik der bisherigen amerikanischen Administration ist gescheitert
13 und hat dazu geführt, dass der Iran heute Uran höher anreichert als noch
14 vor 18 Monaten. Wir GRÜNE unterstützen ausdrücklich, dass Deutschland in
15 dem Prozess der vollen Wiederherstellung der JCPOA-Compliance und der
16 Begrenzung der Entwicklung weiterer Atomwaffenstaaten eine aktive Rolle
17 spielt.

Begründung

folgt mündlich

A2NEU Grüne Projekte für eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa in den Entwurf des BT-Wahlprogramms

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz (BAG Frieden)

Antragstext

1 Die BAG Frieden & Internationales möge beschließen:

2 Die BAG Frieden & Internationales beantragt, dass der Bundesvorstand im Entwurf
3 für das Bundestagswahlprogramm folgende Projekte in die Bestrebungen und
4 Vorschläge zur Stärkung und Weiterentwicklung der OSZE - „mit dem Ziel eines
5 tatsächlich effektiven und starken Systems kollektiver Sicherheit in ganz
6 Europa“ (GSP, Absatz 400) - einbezieht:

7 -----

8 Wer GRÜN wählt, stimmt für diese Projekte:

9 -----

10 Einen neuen Ansatz zu Vertrauensbildung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung für
11 Europa im Rahmen der OSZE

12 Wir Grünen werden uns innerhalb der OSZE für einen neuen Ansatz zu
13 Vertrauensbildung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einsetzen, mit dem Ziel
14 eines effektiven und starken Systems kollektiver Sicherheit in ganz Europa.

15 Nach dem Ende des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag)
16 zwischen den USA und Russland 2019, der ein wesentlicher Pfeiler der
17 internationalen Rüstungskontrolle und der europäischen Sicherheitsarchitektur
18 war, ist eine neue Vertrags-Initiative notwendig, um der Gefahr eines nuklearen
19 Wettrüstens zu begegnen.

20 Außerdem ist eine Initiative notwendig, um in Bezug auf konventionelle
21 Waffensysteme Fortschritte bei Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu erzielen.

22 -----

23 Eine neue Initiative zur Umsetzung des Minsker Abkommens

24 Wir Grünen werden uns für eine neue Initiative zur Umsetzung des Minsker
25 Abkommens einsetzen. Eine Lösung des Russland-Ukraine-Konflikts kann nur eine
26 politische und diplomatische sein.

27 -----

28 Eine neue Initiative innerhalb der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE zur
29 Umsetzung des Konzepts der Konnektivität

30 Wir Grünen werden uns innerhalb der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE
31 für eine neue Initiative zur Umsetzung des Konzepts der Konnektivität einsetzen.

32 Wir wollen einen Raum öffnen, in dem bestehende Konflikte innerhalb des OSZE-
33 Gebiets mit zivilen Mitteln bearbeitet werden können und trotz gegensätzlicher
34 Perspektiven und Interessen im Gespräch Lösungen gefunden werden können. Wo
35 immer es möglich ist, suchen wir dabei die Kooperation auch mit Russland. Dabei
36 kann es auch darum gehen zu prüfen, inwiefern eine Annäherung der bisher
37 getrennten Wirtschaftsräume der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion dazu

38 beitragen kann, den Staaten zwischen der EU und Russland bessere
39 Entwicklungschancen zu bieten.

40 -----

41 Ein OSZE-Gipfeltreffen 2025

42 Wir Grünen werden uns für ein OSZE-Gipfeltreffen 2025 zum 50. Jahrestag dieser
43 Organisation einsetzen – mit dem Ziel ihrer Revitalisierung und Stärkung und der
44 Weiterentwicklung der europäischen Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur.

45 -----

Begründung

Begründung:

Im Anschluss an das Grundsatzprogramm sind für das Bundestagswahlprogramm Konkretisierungen notwendig:

GSP (371) [...] Die gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im Zusammenspiel mit einer starken Europäischen Union wichtige Plattformen einer multilateralen Weltordnung.

GSP (400) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit die Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann, braucht es die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den Europarat und die OSZE, um alle europäischen Staaten einzubinden. Sie müssen gestärkt und weiterentwickelt werden, um das Ziel eines tatsächlich effektiven und starken Systems kollektiver Sicherheit in ganz Europa zu erreichen. Auch angesichts der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, bleibt das Ziel, auf der Basis gemeinsamer Werte diesen östlichen Nachbarn der Europäischen Union für eine solche Perspektive zu gewinnen.

Außerdem: für die Aktualität der Projekte:

- ausführlicher Bundestagsbeschluss zur OSZE vom November 2020 mit Zustimmung der grünen Fraktion

[Drucksache 19/24390 \(bundestag.de\)](#)

- SWP-Studie zur Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE von 2019

[Kooperation, Vertrauen, Sicherheit? - Potentiale und Grenzen der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE \(swp-berlin.org\)](#)

[Rüstungskontrolle: Neustart für New START - und weiter? | tagesschau.de](#)

[Deutsche Diplomatin : Helga Schmid rückt an OSZE-Spitze | tagesschau.de](#)

Und für die Kontinuität der Politik:

- BDK-Beschluss von November 2015 zum OSZE-Vorsitz Deutschlands 2016

[OSZE-Vorsitz Deutschlands 2016 \(gruene.de\)](#)

A3NEU3 Nukleare Abrüstung weltweit - in Deutschland starten!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Antragstext

1 Eigner Absatz zur Nuklearen Abrüstung

2 Steigende internationale Spannungen, zunehmende militärische Konfrontationen und
3 Drohungen, neue atomare Aufrüstung und das Ende alter Rüstungskontrollverträge
4 sowie die von fünf auf bislang neun gewachsene Zahl der Nuklearwaffen-besitzende
5 Staaten machen die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen gegenwärtig größer denn
6 je. Daher muss weltweite nukleare Abrüstung oberstes Gebot der deutschen Außen-
7 und Sicherheitspolitik werden.

8 Unser Ziel als GRÜNE ist es, den mit großer Mehrheit der Staaten angenommenen
9 VN-Atomwaffenverbotsvertrag, seit dem 22.01.2021 geltendes Völkerrecht, in der
10 kommenden Legislaturperiode zu unterzeichnen und zu ratifizieren ^[1].

11 Ebenso werden wir in der kommenden Legislaturperiode, in enger Abstimmung mit
12 unseren internationalen Partnern, aber als souveräne Entscheidung der
13 Bundesrepublik Deutschland, die „Nukleare Teilhabe“ beenden und damit den Abzug
14 der Atomwaffen aus Deutschland umsetzen ^[2]. Die anstehende Modernisierung der
15 B61-Bomben[3] ist daher nicht nur überflüssig, sie darf auch bei politisch
16 bedingten Verzögerungen beim Ende der Nuklearen Teilhabe keinesfalls
17 stattfinden. Die Beendigung der nuklearen Teilhabe ist notwendig, sie ist
18 unverzichtbar und unvermeidbar.

19 Wir GRÜNE lehnen den Kauf von Kampfbombern oder andere Trägersysteme für die
20 „nukleare Teilhabe“ ab. Die völkerrechtswidrige Nukleare Teilhabe an den US-
21 Bomben darf auf keinen Fall durch eine wie auch immer formulierte „Teilhabe“ an
22 der französischen „Force de Frappe“ ersetzt werden.

23 Genauso strikt stehen wir gegen eine, wie auch immer ausgestaltete, atomare
24 Bewaffnung der EU. Vielmehr muss die deutsche Politik eindeutig dafür eintreten,
25 dass sich auch die europäischen Partner und Nachbarn zu einer schnellen und
26 umfassenden atomare Abrüstung bekennen und diese – soweit betroffen – auch
27 selbst umsetzen. Atomwaffen bieten keine Sicherheit, sondern vergrößern die
28 Gefahr einer absichtlich oder versehentlich ausgelösten einzigartigen
29 humanitären Katastrophe.

30 ^[1]Begründung: Der NPT/NVV (Nicht-Verbreitungsvertrag von 1968) alleine hat die
31 Zahl der Atomwaffenstaaten und die Gefährdung durch Atomwaffen nicht begrenzen
32 können. Er verpflichtet seine Mitgliedsstaaten jedoch zur Verhandlung eines
33 Vertrags zur vollständigen atomaren Abrüstung. Mit dem Beitritt zum
34 Atomwaffenverbotsvertrag und dem Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland würde
35 Deutschland seine überfälligen Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag
36 erfüllen, dem es erst 1975 beigetreten ist. Damit könnte Deutschland eine
37 Initiative zur lange überfälligen Nuklearen Abrüstung auslösen. Außerdem enthält
38 der NPT/NVV die für uns GRÜNE nicht tolerable Verpflichtung zur Verbreitung von
39 ziviler Kernenergienutzung.

40 ^[2]Begründung: Norwegen, Spanien, Dänemark, Litauen oder Island sind Beispiele
41 für NATO-Mitglieder, die die Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Territorium

42 untersagen. Kanada und Griechenland sind aus der technischen nuklearen Teilhabe
43 ausgestiegen. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist so konzipiert, dass eine
44 gleichzeitige NATO-Mitgliedschaft ausdrücklich möglich ist. Mit Österreich,
45 Malta und Irland sind schon drei europäischen Staaten dem
46 Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten.
47 Quellen: [https://www.icanw.de/wp-](https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2018/04/60_Jahre_nukleare_teilhabe_A4_web.pdf)
48 [content/uploads/2018/04/60 Jahre nukleare teilhabe A4 web.pdf,](https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2020/10/20-10-23_AVV_Inkrafttreten.pdf)
49 [https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2020/10/20-10-23 AVV Inkrafttreten.pdf,](https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2020/10/20-10-23_AVV_Inkrafttreten.pdf)
50 [3] Hinweis, genauer: Ersatz der B61-3 und B61-4 durch B61-12, s.a.
51 <https://www.dw.com/de/usa-modernisieren-atombomben-in-deutschland/a-52856021>

Begründung

Wir unterstützen die entsprechenden Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrags NPT/NVW als ein wirkungsvolles Instrument zur Eindämmung der nuklearen Proliferation. Wir fordern aber zugleich von den fünf atomaren bewaffneten Unterzeichnerstaaten ihrer vertraglichen Verpflichtung zur atomaren Abrüstung nachzukommen. Diese ernsthafte atomare Abrüstung fordern wir von allen Atomwaffenstaaten. Wir sind davon überzeugt, dass andernfalls der NPT/NVW seine Wirksamkeit noch weiter einbüßen wird. Wir unterstützen die Auffassung, dass der Atomwaffenverbotsvertrag TPNW und der Nichtverbreitungsvertrag NPT/NVW hierbei keinen Gegensatz bilden, sondern einander ergänzen und beide dem Ziel einer Welt ohne Atomwaffen dienen^[1].

Für die Atomwaffen der nuklearen Teilhabe, u. a. die in Büchel für einen möglichen Einsatz bereitgestellten B61, gibt es nur den atomaren Erstschlag als realistischen Einsatzszenario und sehr große realistische Sicherheitsrisiken^[2].

Die Beendigung der nuklearen Teilhabe und damit der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem atomwaffenfreien Europa. Wir setzen uns dafür ein, diesen Schritt mit den Verbündeten abzustimmen. Besonders die Konsultationen mit den osteuropäischen Verbündeten, die eine abweichende Bedrohungswahrnehmung haben, halten wir für sehr wichtig. Wir wollen, dass alle NATO Mitglieder umdenken und den Weg aus der Logik der atomaren Abschreckung beschreiten. Der Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe soll aber nicht unter dem Vorbehalt eines Konsenses im Rahmen der Bündnispartner stehen, sondern auch dann souverän im Interesse der Bevölkerung umgesetzt werden, wenn andere Staaten diesen Weg noch nicht mitgehen wollen. Die Erfahrungen des Ausstiegs Kanadas und Griechenlands aus der technischen nuklearen Teilhabe haben gezeigt, dass das möglich ist.

Im 2017 Programm stand:

Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir werden weiter für die vollkommene atomare Abrüstung kämpfen. Wir GRÜNE fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen „nuklearen Teilhabe“. Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU.

^[1] Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags <https://www.bundestag.de/resource/blob/814856/28b27e2d04faabd4a4bc0bfd0579658c/W-D-2-111-20-pdf-data.pdf>

^[2] Aporien Atomarer Abschreckung <https://www.swp-berlin.org/publikation/aporien-atomarer-abschreckung>

A4 2 % des BIP für Sicherheit - 1 % fürs Militär + 1 % für Friedenssicherung

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (KV Görlitz)

Antragstext

1 Die BAG Frieden und Internationales setzt sich dafür ein, dass das von den Nato-
2 Mitgliedern vereinbarte Ziel, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Sicherheit
3 aufzuwenden, neu definiert wird. Ziel muss sein Sicherheit nicht nur militärisch
4 zu definieren sondern mindestens die gleiche Summe für zivile Friedenssicherung
5 zu verwenden. Diese Forderung soll auch ins Bundestagswahlprogramm aufgenommen
6 werden.

Begründung

Bekanntlich hatten die NATO-Mitglieder sich schon vor Trump-Zeiten verpflichtet, ihre Militäretats bis 2024 auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts aufzustocken. Es ist nicht abzusehen, dass die Biden-Administration davon abweichen wird.

Deutschland ist davon ziemlich weit entfernt. Für diese Aufstockung wäre dann die nächste Bundesregierung zuständig, vermutlich unter grüner Beteiligung.

Bündnis 90/Die Grünen, die ihre Wurzeln u.a. in der westdeutschen Friedensbewegung und den ostdeutschen Friedensgruppen der 80er-Jahre haben, würden dann nicht nur die erste deutsche Kriegsbeteiligung nach dem 2. Weltkrieg sondern auch die massivste Aufrüstung der Bundeswehr sei dem "Kalten Krieg" mit zu verantworten haben ...

Daher ist es notwendig, dies 2-%-Ziel neu zu definieren. Entweder in:

+ Für jeden Euro, der für Militär ausgegeben wird, wird auch ein Euro für zivile Friedenssicherung ausgegeben. Oder:

+ 2 % des BIP für Sicherheit - 1 % fürs Militär + 1 % für zivile Friedenssicherung

Zur Friedenssicherung gerade in Afrika und Asien gehört im weiteren Sinne auch ein Teil der Entwicklungszusammenarbeit, ansonsten gehören u.a. dazu der Zivile Friedensdienst sowie die Finanzierung von friedenssichernden Maßnahmen der UN und der OSZE.